

Sitzungsvorlage DS 2011/403

Betriebshof Ravensburg
Bernhard Jerg
(Stand: **07.11.2011**)

Mitwirkung:

**Ausschuss für Umwelt und Technik
als Betriebsausschuss Betriebshof**
öffentlich am 16.11.2011

Bericht der Betriebsleitung zum 30.09.2011

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Betriebsleitung wird zur Kenntnis genommen.

1. **Beschlusslage:**

TABA am 10.11.2010	Vorberatung Wirtschaftsplan Betriebshof 2011
TABA am 10.11.2010	Gesamtbeschaffungsliste Fahrzeuge und Geräte 201 für den Eigenbetrieb Betriebshof; DS 2010/401
GR am 13.12.2010	Wirtschaftsplan Betriebshof 2011, DS-Nr. 2010/397

2. **Sachverhalt:**

Die Betriebsleitung hat dem Oberbürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich zum Quartalsende über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge zu berichten. Sowie Rechenschaft über die Abwicklung des Vermögensplanes und Stellenbesetzung abzulegen.

Nach Abschluss des Stichtages wird berichtet über:

- die Entwicklung von Aufwendungen und Erträgen zum Stichtag und der Hochrechnung auf Jahresende,
- den Mittelabfluss des Vermögensplanes,
- den Vollzug des Stellenplanes und Personalkostenhochrechnung
- besondere Vorkommnisse im Betrachtungszeitraum

3. **Allgemein:**

Bereits zur Wirtschaftsplanerstellung 2010 wurde den Ämtern und den Betrieben die Vorgabe gemacht, dass wegen den deutlich geringeren Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommensteuer v. a. im Verwaltungshaushalt äußerste Zurückhaltung geübt werden muss und deswegen die Ansätze von 2009 um 1,5 – 3,0 % geringer angenommen werden müssen. Die Erfolgsplanansätze des Betriebshofs blieben in der Summe für 2011 geringfügig unter den Planansätzen des Vorjahres. Sparvorgaben dürfen „innerbetrieblich“ nicht dazu führen, dass durch „Billiganbieter“ und vermeintlich günstigere Lösungsvarianten eigene Kompetenzen und Ressourcen ungenutzt bzw. ungenügend abgerufen werden. Für die Beschäftigten des Betriebshofs gelten wie auch für alle anderen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gleiche Tarifverträge, - Lohn-dumping und dadurch erst mögliche somit Billigangebote sind daher nicht möglich. Der Betriebshof hat seine wesentlichen Vorteile durch ein sehr breit angelegtes Aufgaben- und Leistungsspektrum und die Reaktionszeit. Diese beiden wichtigen Punkte wirken sich für die Bau- und Projektleiter in den Ämtern und Dienststellen und im Alltagsgeschäft entlastend aus, - diesen Vorteil haben meist auf ein Gebiet spezialisierte Privatfirmen nicht. Dieser sich für die Auftraggeber des Betriebshofs als nicht unerheblicher Vorteil auswirkende Umstand, wirkt sich leider beim Betriebshof durch die dadurch nicht mögliche Spezialisierung, in Form eines Wettbewerbsnachteiles in den einzelnen Spezialgebieten aus, d.h. der Betriebshof kann hier gegenüber einem Privatbetrieb im Wettbewerb meist nicht in Form gleicher oder günstiger Verrechnungspreis konkurrieren. In vielen Fällen müssen Betriebshöfe auch die Auf-

gabe einer „Werksfeuerwehr“ für die Stadtverwaltung übernehmen, - was auch eine der wichtigen Aufgaben von Bauhöfen darstellt.

4. Entwicklung der Aufwendungen und Erträge zum Stichtag 30.09.2011 und der Hochrechnung der Aufwendungen und Erträge auf Jahresende 31.12.2011

Der Betriebshof arbeitet zu 90 % für die Ämter der Stadt im hoheitlichen Bereich, ca. 10 % ist der Betriebshof auch für „Dritte“, im sogenannten steuerpflichtigen Bereich tätig. Für welche Hauptauftraggeber der Betriebshof tätig wird, ist in **Anlage 1** (Erfolgsplan) ersichtlich.

Auf der Budgetseite (Hauptauftraggeber) liegen die prognostizierten Ist-Zahlen (manuelle Hochrechnung) im Bereich der Planansätze. Maßgeblich für die Einhaltung der Ansätze ist der Verlauf der Witterung beginnend mit dem Winter im 1. Quartal und des weiteren Jahresverlaufes im 2. und 3. Quartal (Events, Sonderaktionen und der erforderlichen Grünflächenpflege) und wesentlich vom Verlauf des Winters im 4. Quartal abhängig.

Bedingt durch den unterdurchschnittlichen Winter im 1. Quartal kann eine lineare Hochrechnung nicht vorgenommen werden, die manuelle Hochrechnung geht von einem durchschnittlichen Winter im 4. Quartal 2011 aus.

Mehrjahresvergleich der Aufwendungen (Erfolgsübersicht):

Mit der **Anlage 2** werden die Ergebnisse der Quartale 30.09., 30.06., 30.03. über 4 Jahre gegenübergestellt und verglichen.

1. Aufwand für Lieferungen und Leistungen:

Der Verlauf des Winters macht sich im Streumittelverbrauch und Inanspruchnahme von Subunternehmern im Winterdienst bemerkbar, die Intensität des Winters schlägt sich hier in entsprechender Höhe direkt nieder.

2. Personalaufwand:

Die prognostizierte Hochrechnung liegt in der Höhe des Personalkostenansatzes. Der Abbau von Rückstellungen aus Altersteilzeit wirkt sich auf die Personalkosten entlastend aus, diese ist bereits in der Hochrechnung berücksichtigt.

5. Abschreibung:

Die Abschreibungsbeträge schwanken über die Jahre, nach oben und unten. Maßgeblich für die Höhe dieser Beträge sind Ersatzinvestitionen (von abgeschrieben Gütern) v.a. im Fahrzeug- und Technikbereiches und z.B. der Hinzuaktivierung von Bauten (im Rahmen des Bauinvestitionskonzeptes). Während der Abarbeitung des Bauinvestitionskonzeptes mussten verschiedene Ersatzbeschaffungen dort wo möglich und bezüglich des Fahrzeugzustandes vertretbar, verschoben werden. Nach Abschluss der Baumaßnahmen muss wieder verstärkt Augenmerk auf den Ersatz der Fahrzeug- und Gerätetechnik gerichtet werden.

6. Zinsen:

Grundsätzlich bewirkt die Aufstockung des Gesellschafterdarlehens (bedingt durch die Bauinvestitionen) auch einen Zunahme des Zinsaufwands. Kostenreduzierend wirken sich die sehr niedrigeren Zinssätze des von der Stadtkasse eingeräumten Kassenkredites, sowie die Höhe der Inanspruchnahme aus. Ein weiterer zinsreduzierender Umstand stellt die seit einigen Jahren vorgenommene Darlehenstilgung in Höhe von 70.000 Euro im Jahr dar, pro Jahr können somit 3.500 Euro eingespart werden.

9. sonstiger betrieblicher Aufwand:

In diesem Kostenblock werden alle nicht direkt zuzuordnenden Kosten des Geschäftskostenbereiches dargestellt. Diesem Fixkostenblock muss verstärkt Augenmerk geschenkt werden, da sich eine Erhöhung über die Umlagen auf die Verrechnungssätze negativ auswirkt.

5. Vermögens-/Finanzplan:

Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben des Vermögensplanes im Zeitraum 1.1. - 30.09.2011 gem. **Anlage 3**.

Die restlichen, für 2011 noch verfügbaren Mittel können zur Abdeckung von Unvorhergesehenem aus den internen Baumaßnahmen herangezogen werden und wenn diese nicht benötigt, als Überdeckung ausgewiesen und auf das Jahr 2012 übertragen werden.

Seit 2008 wird eine jährliche Tilgung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 70.000 Euro vorgenommen, dies führt zu einer kontinuierlichen Rückführung des von der Stadt dem Betriebshof gewährten Gesellschafterdarlehens.

Der Betriebshof wurde zur Eigenbetriebsgründung am 01.01.2001 vollständig ohne Eigenkapital ausgestattet, das Darlehen betrug in der Eröffnungsbilanz 4.050.237 €. Durch das erforderliche und umfangreiche Bauinvestitionsprogramm wurde das Darlehen auf insgesamt 5.135.020 € Stand: 31.12.2009 aufgestockt, in 2010 wurden 20.902 € aufgestockt und 70.000 Euro getilgt, so dass der Stand des Gesellschafterdarlehens sich zum 31.12.2010 auf 5.085.923 Euro beläuft. Bei der vereinbarten Tilgung wird das Darlehen in ca. 15 Jahren den Stand zur Eigenbetriebsgründung erreicht haben. Die jährliche Zinseinsparung beträgt je Tilgungsrate ca. 3.500 Euro, d.h. nach 15 Jahren Tilgungsleistung, beträgt die jährliche Summe an durch die Tilgung ersparten Zinsen von über ca. 52.000 Euro im Jahr.

6. Kenngröße Betriebserfolg:

Die Ermittlung des Betriebserfolges für 2010 wird erstmalig entsprechend der zwischen Oberbürgermeister, Personalvertretung und Betriebsleitung abgeschlossenen Dienstvereinbarung und dem darin geregelten detaillierten Verfahrens vorgenommen, siehe separate Beschlussvorlage hierzu.

7. Besonderheiten im Berichtszeitraum:

a) Winterdienst:

Die beiden Wintermonate November + Dezember 2010 waren was die Intensität anbelangt mit ca. 500.000 Euro Gesamtaufwand die stärksten im 10 Jahresrückblick. Dagegen waren die Monate Januar bis März 2011 als äußerst unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Im 10 Jahresrückblick gab es nur 2 vergleichbare Winterzeiträume die noch „milder“ waren.

Rückblickend hat sich die vom Fachverband Kommunaler Unternehmen empfohlene Strategie, sich beim Salzeinkauf zusammenzuschließen und durch eine an Abnahmeverpflichtungen gekoppelte Liefergarantie abzusichern sehr gut bewährt. Die im vorletzten Winter zusammen mit Weingarten gesammelten Erfahrungen wurden genutzt um im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit den Kreis der an der VOL-Ausschreibung „Taumittel“ beteiligten Kommunalen Bauhöfe auszudehnen. Ermöglicht wurde diese Zusammenarbeit von 15 Städten durch die fachliche Unterstützung der seit Juni 2010 bei der Stadt Ravensburg eingerichteten Zentralen Verfahrensstelle. Zum einen konnte durch die Beteiligung von 15 Städten die Verwaltungs- und Ausschreibungskosten entsprechend aufgeteilt und sehr niedrig gehalten werden, zum anderen lag der Abstand des 1. Bieters zum 2. Bieter bei ca. 200.000 Euro, was bei einem Ausschreibungsvolumen von ca. 1.100.000 Euro fast 20 % beträgt. Weiterhin ist zu erwähnen, dass durch die Fachkompetenz der ZV-Stelle eine formell mangelfreie Ausschreibung gemacht wurde, dies ist umso mehr unter dem Aspekt hervorzuheben, dass Ende Mai das Land Baden Württemberg vor der Vergabekammer wegen einseitiger und unangemessener Risikoverlagerung auf die Bieter, unterlag und nach Verbesserung der Ausschreibungsbedingungen nochmals ausschreiben musste. Dies wurde bei der von Ravensburg aus organisierten Bündelausschreibung von vorneherein als Grundsatz für eine faire Zusammenarbeit und ein wirtschaftliches Angebot beachtet.

b) Bemühungen um die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung:

Die Bemühungen um die Konsolidierung des städtischen Haushalts halten nach wie vor an und beschäftigen auch den Betriebshof. Dieser hat nach Aufforderung durch die Rathauspitze Anfang 2010 eine Reihe an guten Vorschlägen eingebracht. Diese wurden verwaltungsintern vorberaten und dann als Teil eines Gesamtpaketes in die Gremien eingebracht. Nachdem die meisten Konsolidierungsvorschläge des Betriebshofs sehr weit gediehen sind, soll im Rahmen dieses Quartalsberichtes über den Erledigungsstand berichtet werden.

- **Vorschlag zur Einrichtung einer zentralen Grüngutannahme,** zur Sammlung und Verwertung des Wertstoffes "Grüngut" (Baumschnitt, Heckenschnitt). Durch Wegfall der bisherigen Entsorgungskosten dieses energetisch verwertbaren Substanzen, sowie entfallende Wartezeiten an der Waage des Entsorgers, kann ein Einsparvolumen in Höhe von ca. 20.000 € erzielt werden. Statt der ursprünglich angedachten aber mangels Fläche verworfenen Idee, einen "Verrottungsplatz" einzurichten, wurde das

Thema gemeinsam mit 3 weiteren Bauhöfen im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit weitreichender und in die Zukunft gerichteter angegangen. Die 4 Bauhöfe aus Weingarten, Meckenbeuren, Friedrichshafen und Ravensburg, haben unter Federführung von Ravensburg und der fachlich sehr kompetenten Unterstützung der 2010 neu geschaffenen zentralen Verfahrensstelle insgesamt 5 Gewerke (Entsorgung Straßenkehrgut, Grüngut, sortierbare Abfälle, maschinelle Straßenreinigung und Leerung Einlaufschächte) nach VOL beschränkt ausgeschrieben und vergeben.

Der anteilige Gesamteinsparungseffekt für Ravensburg beträgt rund 30.000 €, insgesamt konnten die 4 Kommunen durch die Bündelung und größere Marktmacht über 100.000 € einsparen. Auf die o. g. Grüngutentsorgung entfällt ein nicht unerheblicher Betrag von ca. 20.000 €. Eine für das im Stadtgebiet bei Grünpflegearbeiten anfallende Grün- und Schnittgut geeignete Zwischenlagerstelle wurde gefunden, dadurch werden unnötigen Wartezeiten (an der Waage) Großteils vermieden.

- **Errichtung einer zentralen Abfallannahme,**
zur Zwischenlagerung des im Stadtgebiet, bei der Stadtreinigung anfallenden Mülls. Damit konnte der überwiegende Teil der 9 dezentralen Containerstandorte aufgelöst werden. Dadurch wurde ein Einsparvolumen (erstmalig in 2011 komplett) in Höhe von ca. 20.000 € im betreffenden Budget erzielt.
Ein weiterer für die betrieblichen Abläufe günstiger Begleiteffekt ist der Wegfall von unnötigen Wege- und Wartezeiten an der Waage des Entsorgers und der somit erst möglichen Ausschreibung der Entsorgungsleistung. Die Inbetriebnahme erfolgte bereits im Juli 2010 übergangsweise auf dem Betriebshoflager Mariatal. Der endgültige Standort wird, nach vorheriger Ertüchtigung, der naheliegende Lagerplatz an der Schubertstraße sein. Durch Bauverzögerungen ist dies im 1. Halbjahr 2012 vorgesehen.
- **Ausbildung einer eigenen Fachkraft für Arbeitssicherheit.**
Der Betriebshof hat aus der langjährigen Erfahrung mit der Vergabe der FASI-Tätigkeit an ein externes Büro den Vorschlag gemacht, einen geeigneten und motivierten jungen Mitarbeiter zur Fachkraft der Arbeitssicherheit auszubilden.
Das anfängliche Einsparvolumen liegt bei ca. 5.000 € bei gleichzeitiger Verbesserung des Service Arbeitssicherheit für Beschäftigte und Leitungskräfte wegen ständiger Verfügbarkeit. Es ist angedacht im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit, diese UVV-Dienste auch benachbarten Kommunen anzubieten, erste Gespräche mit der Nachbarstadt haben bereits positiven Anklang gefunden, dadurch sind zusätzliche Erlöse zur Kostendeckung denkbar. Die bereits zum 01.07.2011 berufene Interne Fachkraft wird seine Ausbildung in der ersten Hälfte 2012 abschließen, dieser Vorschlag ist somit auf einem guten Weg und zumindest zum Teil umgesetzt.

- **Räumliche Eingliederung der Stadtgärtnerei in den Betriebshof.**
Ein bezüglich der künftigen betrieblichen Entwicklung wesentlich weitreichender Vorschlag der Betriebsleitung war, die **Stadtgärtnerei** nach 10 Jahren in der Rechtsform Eigenbetrieb, nun auch räumlich einzugliedern. Die Verwaltungsspitze hat wegen der vielfältigen Randbedingungen und der Brisanz des Themas richtigerweise festgelegt, einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen.
Nach Abarbeitung des Prüfauftrages wurde von der Verwaltung dem Gemeinderat der Vorschlag unterbreitet, die Gärtnerei räumlich in den Betriebshof in der Goethestraße einzugliedern. Dieser Vorschlag wurde nach intensiver Vorberatung im Verwaltungs- und Betriebsausschuss am 19.07.2010 mit Sitzungsvorlage DS 2010/286 durch den Gemeinderat mit großer Mehrheit entsprochen. Am 11.05.2011 wurde im Betriebsausschuss über den Umsetzungsstand der Eingliederung Stadtgärtnerei berichtet. Anlässlich dieser Sitzung wurde der Sachbeschluss gefasst, wonach statt der ursprünglich geplanten Umsetzung des 17 Jahre alten Glasgewächshauses vom bisherigen Standort am Parkhaus Raueneck, ein neues Glasgewächshaus anzuschaffen und auf dem Lagerplatz nach Baugenehmigung errichtet werden soll.

In der Zeit seit dem Grundsatzbeschluss fanden viele Gespräche mit den Gärtnern und den Führungskräften der Gärtnerei mit dem Ziel statt, Ängste und Befürchtungen die von den Gärtnereibeschäftigten vorgebracht wurden bestmöglich auszuräumen. Mit der um 10 Monate verzögerten Räumung der Hausmeisterwohnung zum 01.08.2011 (Kündigung erfolgte bereits zum 01.10.2010) ging die Umsetzung in eine weitere Stufe und gewann an Dynamik. Der Umzug der Gärtnerinnen und Gärtner fand planmäßig Ende Oktober, Anfang November in sehr schön hergerichtete und zweckmäßige Räume statt. Die entsprechenden Werkstätten und Fahrzeug- und Werkzeugbereich standen zum Umzugstermin ebenfalls zur Verfügung. Das Gewächshaus soll bis Ende November nach größeren Schwierigkeiten mit dem Baugrund (Tragfähigkeit) und auf diesem Gebiet vorkommenden Altlasten errichtet sein.

8. Projekte und umfangreiche Arbeiten im Berichtszeitraum:

a) Projekte und Maßnahmen

- Verschiedene Besprechungen Bauprojekt Lagerplatz Schubertstraße, Umbau Hausmeisterwohnung zu Sozialräumen
- Endabstimmung zur DV Leistungsorientierte Entlohnung und Abschluss der Dienstvereinbarung
- Umsetzung der Maßnahmen zur betrieblichen
- Gesundheitsförderung in Kooperation mit der AOK, z.B. Führungskräfteworkshop, Teamgespräche, Beratungs- und Hilfsangebote in schwierigen Lebenslagen usw.
- Erstellung Jahresabschluss 2010

- Erstellung und Einführung eines Eignungstestes zur Auswahl junger Menschen die sich um eine Ausbildung im Handwerk beim Ausbildungsbetrieb Betriebshof beworben haben
 - Arbeitsgruppensitzungen Interkommunale Zusammenarbeit, Arbeitsgruppe gemeinsame Ausschreibungen und Öffentlichkeitsarbeit der Bauhöfe
 - zentrale Ausschreibung im Rahmen der IKZ und Vergabe zu Entsorgungs- und Reinigungsleistung
 - Erarbeitung der Strategie und Ausschreibungsunterlagen für eine gemeinsame Streumittelausschreibung mit 15 Städten
 - Sozialprojekt im Betriebshof, Rahmenbedingungen und Einstellung eines jungen behinderten Mannes ab 2012
 - Gemeinsames Projekt mit Biberach, Ausschreibung Anschaffung Persönliche Schutzausrüstung (PSA) ab 2012 sowie Wartung der Schutzkleidung
 - Besichtigung von Unterflurbehälter, öffentliche Abfallbehälter
 - Gründungsversammlung der ständigen Arbeitsgruppe der Bauhöfe im Städtetag BW, in Heidenheim
 - Öffentlichkeitsarbeit; Projektgruppe gemeinsam mit Biberach und Wangen
 - Überlegungen zum Tag der offenen Tür in 2012, Auflegung einer Imagebroschüre
 - Konzeptionelle Gedanken zur künftigen Unterbringung der Weihnachtshütten, Fundfahrräder, Büromöbel und sonstiges, nach Abriss Ulmia Hallen in 2012
- Sitzung Betriebsausschuss 11.5.2011:
 - Bericht der Betriebsleitung zum 1. Quartal 2011
 - Bericht Eingliederung Stadtgärtnerei in den Betriebshof und Sachbeschluss zur Anschaffung eines neuen Glasgewächshauses
 - Vorläufiger Jahresabschluss 2010
 - Betriebserfolg 2010, Beurteilungskriterium Kundenzufriedenheit
 - Gesundheitsbericht 2010, Bericht der AOK und Maßnahmen zur BGF
 - Bekanntgaben, Verschiedenes: Bericht über Interkommunale Zusammenarbeit
- NÖ:

- Sozialprojekt, Einstellung eines jungen Mannes mit Behinderung

b) **Umfangreiche (produktive) Arbeiten** (> 3.000 €), siehe **Anlage 4.**

9. Vollzug Stellenplan 2011 und Besetzung Ausbildungsplätze im BHR:

Aus der **Anlage 5** ist ersichtlich, dass die Anzahl der zum 30.09.2011 tatsächlich besetzten Stellen den Stellenplan um 1 Stelle überschreitet. Die Auszubildenden der Stadt Ravensburg haben nach erfolgreichem Abschluss ein quasi verbrieftes Recht auf die zunächst befristete Übernahme für ein Jahr. Diese befristete Übernahme nimmt keine Rücksicht auf den Stellenplan, wodurch es auch beim Betriebshof zur zeitweisen Überschreitung der Planstellen kommen kann.

Der in der Planung veranschlagte Personalaufwand in Höhe von 4,35 Mill. entspricht auch der Hochrechnung auf Ende 2012. Der ausgewiesene Personalaufwand enthält alle Personal- und Personalnebenkosten der im Betriebshof befristet und unbefristet angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sowie die Zuführung, bzw. Auflösung von Rückstellungen aus Altersteilzeitverträgen.

Von den im Stellenplan ausgewiesenen 7 Ausbildungsplätzen waren am 30.09.2011 alle 7 besetzt.

Zwischen Betriebshof, Personalvertretung und Personalverwaltung wurde vereinbart, dass die Ausbildungsplätze im Betriebshof nur noch dann besetzt werden, wenn für den jeweiligen Ausbildungsberuf ein geeigneter und den Anforderungen gewachsener Bewerber vorhanden ist. Ein Abbruch während der Ausbildung, oder ein nicht erfolgreicher Abschluss nützt weder dem Auszubildenden, noch den für die Berufsausbildung Verantwortlichen. Um dieses Auswahlrisiko zu minimieren, wurde vom Betriebshof in Abstimmung mit der Personalvertretung und Hauptverwaltung, ein auf Handwerksberufe zugeschnittenes Auswahlverfahren mit gutem Erfolg eingeführt.

Anlagen:

Anlage 1 – Quartalsbericht Budgetzahlen Hauptauftraggeber 30.09.2011

Anlage 2 – Vergleich Quartalszahlen Gegenüberstellung 2011 – 2008

Anlage 3 – Stand Vermögensplan 30.09.2011

Anlage 4 – Produktive Arbeiten im Berichtszeitraum bis 30.09.2011

Anlage 5 – Stellenbesetzung 30.09.2011, Besetzung Ausbildungsplätze